



Politik | Die Walliser Regierung hat die gute Ausgangslage bisher genutzt

Im Stimmungshoch



Gemeinsam vorwärtsschauen. Die Walliser Regierung mit dem neuen Regierungsprogramm.

FOTO ZVG

HEROLD BIELER

SITTEN | 256 Tage ist die neue Walliser Regierung heute im Amt. Der Start ist ihr besser geglückt als dem Quintett vor vier Jahren. Die heutige Regierung hat auch profitiert – nicht zuletzt von den Vorgängern.

Gestern hat der Staatsrat sein Regierungsprogramm vorgestellt. «Als Richtschnur für die mittel- und langfristige strategische Staats- und Verwaltungsführung», wie Staatsratspräsident Jacques Melly betonte. Die wichtigsten Punkte und Visionen sind nebenstehend zusammengefasst.

Der gestrige Auftritt zeigte: Die neue Walliser Regierung will geeint auftreten. Die Chemie scheint zu stimmen. Zu viel Harmonie kann allerdings auch leistungshemmend sein.

Es kommt jedoch selten vor, dass die Regierung gleich in Vollbestand an einer Medienkonferenz auftritt. Letztmals war das fast auf den Tag genau vor vier Jahren. Damals aus einem anderen Grund. Die Regierung wollte bewusst Einigkeit demonstrieren. Staatsratspräsident Maurice Tornay geriet wegen der Affäre Giroud arg in Bedrängnis. Eine politisch brisante Affäre. Denn Tornay war bis zu seinem Eintritt in die Walliser

Regierung Girouds Treuhänder.

Es war nicht die erste (und blieb nicht die letzte) brenzlige Situation. Bereits vorher hatte Freysinger Jean-François Lovey, den Chef der Dienststelle für Unterrichtswesen, abgesetzt. Bei Nachfolger Jean-Marie Cleusix stellte sich heraus, dass er seine Steuern nicht zahlte. Der Kanton Wallis lancierte das erste Sparprogramm. Im Spitalwesen türmten sich die externen Berichte und Expertisen über die Arbeitsweise und Fehler der Ärzte. Die Umsetzung der Revision des Raumplanungsgesetzes stand an, jene des Zweitwohnungsgesetzes ebenfalls. Die Regierung zerstritt sich mit den



Lehrern und Beamten.

Einige dieser Probleme sind gelöst, also weg. Drei der fünf Regierungsmitglieder auch. Tornay hat Wort gehalten, trat seither öffentlich nicht mehr auf. Freysinger schreibt Bücher und Jean-Michel Cina ist mittlerweile ein noch fleissigerer Twitterer. Nun nicht mehr für das kantonale Tourismusgesetz oder die RPG-Revision, sondern gegen die No-Billag-Initiative. Nachvollziehbar, denn schliesslich würde ihn ein Ja im März sein wichtigstes Mandat kosten, wenn man ihm glauben will.

«Es ist nicht besser oder nicht schlimmer als vor vier Jahren. Aber es ist anders»

Jacques Melly
Staatsratspräsident

Jacques Melly, amtierender Staatsratspräsident, will keine Vergleiche machen: «Es ist nicht besser oder nicht schlimmer als vor vier Jahren. Aber es ist anders.» Der jetzige Staatsrat arbeite gut zusammen, sei ein Team. Man versuche die Probleme gemeinsam zu lösen. «Gouverner, c'est prévoir», pflegen die «Welschen» zu sagen. Vorausblicken will man auch mit dem Regierungsprogramm. «Und wir wollen langfristig denken. Darum haben wir ja auch dieses Regierungsprogramm erarbeitet. Das betrifft auch künftige Regierungen.»

Melly anerkennt, dass die

Ausgangslage der jetzigen Regierung eine ungleich bessere ist. Eine Basis haben teils auch ihre Vorgänger gelegt. Auch deshalb ist regieren derzeit einfacher. Es ist oft auch Glückssache. So wie jetzt. Die Wirtschaft läuft. Der ETH-Campus ist mehr als nur aufgegleist, die Revision der Raumplanung ist auf der Zielgeraden und sogar das Quecksilberdossier scheint vom Tisch. Mit dem mächtigen Verband des Staatspersonals und der Lehrpersonen, mit dem Tornay und Freysinger aus unterschiedlichen Gründen auf Konfrontation gingen, hat man sich versöhnt. Und die Staatskasse ist zwar nicht prall gefüllt, aber Sparprogramme braucht momentan keine.

Allerdings ist der Zustand der Pensionskasse besorgniserregend. Auch die Rottenkorrektur droht zu einem finanziellen Sorgenkind zu werden. Die ersten Schätzungen vor mehr als zehn Jahren gingen von Kosten von weniger als einer Milliarde Franken aus. Bei der Abstimmung 2015 waren es dann gut zwei Milliarden Franken. Nun sollen es bis am Ende mehr als drei Milliarden Franken werden, warnt man plötzlich aus Bern. Es werde teurer als geschätzt, betont Melly. Wie viel, will man abklären und dann Klarheit schaffen.

Das Gesetz über die Bergbahnen könnte scheitern. Eine der grössten Herausforderungen für die Regierung bleibt der kantonale Zusammenhalt. Da reichen schöne Parolen über die Wichtigkeit der Zweisprachigkeit wie gestern nicht. Ein Stimmungskiller könnte die Olympia-Abstimmung im Juni werden. Die Regierung steht geeint

hinter dem Projekt. Ein Scheitern an der Urne wäre eine bittere Niederlage. Politisch wenig steht für die Regierung hingegen beim Urnengang über die Verfassungsrevision im März auf dem Spiel.

«Wir werden ein neues Kollegium bauen, aber in Sitten»

Christophe Darbellay
Staatsrat

Die neuen Regierungsmitglieder hätten sich rasch integriert und würden einen guten Job machen, betont Melly. Diese Wahrnehmung hat man auch von aussen. Melly und Waeber-Kalbermatten blieben in den ersten Monaten hingegen diskret. Natürlich will Melly dies nicht kommentieren. Seine Dossiers sind aufgegleist. Nächster wichtiger Termin ist Ostern. Da soll der Eyholz-Tunnel endlich aufgehen. Bei Waeber-Kalbermatten ist es ähnlich. Für die Walliser Spitäler liegen immerhin 400 Millionen Franken bereit.

Darbellay sei ein sehr talentierter und erfahrener Politiker, sagt Melly: «Zudem hat er ein wichtiges und grosses Departement und ist perfekt zweisprachig. Von Roberto Schmidt wussten wir ja schon vor der Wahl, wie gut er politisiert. Sie sind beide nahe am Volk.»

Positiv überrascht hat ihn bisher Frédéric Favre. «Hut ab, was der <Junge> im Olympia-Dossier leistet. Ich weiss nicht, ob sich ein anderer mit dem gleichen Engagement und En-



thusiasmus engagieren würde.» Im Oberwallis blieb Favre bisher unauffällig, ward ausser am Jodlerfest kaum in der Öffentlichkeit gesehen.

Anders Darbellay. Der Bildungsminister ist als Diplomverteiler naturgemäss viel in den Regionen unterwegs. Dass Darbellay auch ein beweglicher Exekutiv-Politiker ist, bewies er etwa bei der Physiotherapie-Schule in Leukerbad. Die bleibt nun doch da. Zumindest vorerst. Die Bildung bietet aber immer wieder Fallen. Die neuste: In der Region Siders will man endlich ein Kollegium. Da gibt es für Darbellay keinen Spielraum für Verhandlungen: «Wir werden ein neues Kollegium bauen, aber in Sitten.» Mehr als 80 Millionen Franken wird es kosten.

Roberto Schmidt hat bisher als Finanzminister über-

rascht. Das Budget 2018 brachte er mit einer Leichtigkeit ins Ziel wie einst sein Parteikollege Wilhelm Schnyder. Die vorgesehenen 116 neuen Stellen wurden bis auf eine Alibi-Streichung von zehn Stellen vom Parlament durchgewunken. Obwohl alle Bürgerlichen gar keine neuen Stellen wollten. Er scheint sich extrem wohl in seiner neuen Aufgabe zu fühlen, ist meist gut gelaunt. So auch gestern. Trotz all der geplanten Projekte seiner Kollegin und Kollegen: «Falls noch ein paar Millionen Franken in der Kasse übrig bleiben sollten, setze ich auf die Kreativität meiner Kollegen...»

Kommt hinzu, dass die SVP nach ihrem Rauswurf aus der Regierung bisher eine deutlich lauere Oppositionsrolle spielt als zuletzt die FDP. Für Ruhe sorgt auch die Tatsache, dass

2018 gar keine Wahlen auf dem Programm stehen. Ein Thema sind Wahlen jedoch immer. Waeber-Kalbermatten und Melly sind auf der dritten und letzten Runde. Vielleicht sind sie auch deshalb so entspannt. Der Mittelwalliser Sitz der CVP wird also frei. Auch jener der SPO – der zweite des Oberwallis. Die Unterwalliser Sozialisten wollen 2021, nach 24 Jahren langen Wartens, endlich in die Regierung. Die SVP will zurück, die FDP natürlich drinbleiben. Das Tandem CVP und CSP wird kaum freiwillig den dritten Sitz hergeben. Und das Oberwallis wird sich gemeinsam für einen zweiten Sitz (neben Roberto Schmidt) wehren. Da gibt es im Oberwallis und bei der Walliser SVP neben Franz Ruppen nicht viele Kandidaten...

Die Strategie des Staatsrats

Zehn Ziele für die Zukunft

1. Zusammenhalt bewahren

Esther Waeber-Kalbermatten will...

- vor allem die nötigen Investitionen für die neue Spitalorganisation tätigen;
- elektronische Patientendossiers einführen. Ein erster Versuch ist aus Gründen des Datenschutzes bereits gescheitert;
- die individuelle Prämienverbilligung konsolidieren. Für das Budget 2018 wurden die Verbilligungen auf 180 Mio. Franken erhöht.

2. Demografischen Wandel antizipieren

Weiter will die SP-Staatsrätin...

- die familienfreundliche Steuerpolitik beibehalten;
- eine koordinierte Familienpolitik aufgleisen. Vor allem: mehr Plätze in Kindertagesstätten;
- die Langzeitpflegeplanung 2016–2020 umsetzen. Diese geht von einer starken Zunahme der Pflege zu Hause aus.



3. Auf Bildungsqualität setzen

Christophe Darbellay will...

- bis zum Schuljahresbeginn 2022/2023 ein neues Kollegium in Sitten bauen: Platz für rund 1200 Schüler, Kosten in der Höhe von rund 80 Mio. Franken (mit Turnhallen). Das Kollegium «Les Creusets» bleibt, im Kollegium «Planta» würde die FMS einziehen;
- die Ausbildung der Lehrpersonen fördern. Vor allem im Hinblick auf die in Pension gehende Babyboom-Generation;
- die Zweckmässigkeit einer Walliser Universität prüfen lassen. Einen Namen hätte er auch schon: «Matterhorn University».

4. Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft steigern

Weiter will der CVP-Staatsrat...

- eine Strategie für einen «Vier-Jahreszeiten-Tourismus» ausarbeiten, um die Abhängigkeit vom Wintertourismus zu reduzieren;
- den Flughafen Sitten vermehrt für die Wirtschaft und den Tourismus nutzen;
- ein Massnahmenpaket zur Erhöhung der Standortattraktivität einführen: Bürokratieabbau, flexible Ladenöffnungszeiten, Steuerwesen anpassen;
- die Olympischen Winterspiele 2026 ins Wallis holen.

5. Handlungsfähigkeit der Institutionen optimieren

Frédéric Favre will...

- eine Totalrevision der Kantonsverfassung, ausgearbeitet durch einen Verfassungsrat;
- Gemeindefusionen weiter fördern. Mittelfristiges Ziel: die Anzahl Gemeinden um einen Drittel reduzieren;
- an der von seinem Vorgänger aufgegleisten «Informatikstrategie 2015–2025» festhalten, die Verwaltung vor Hackern schützen.

6. Sicherheit gewährleisten

Weiter will der FDP-Staatsrat...

- eine neue Notrufzentrale schaffen, die alle Blaulichtorganisationen (Polizei, Feuerwehr, Rettungswesen) unter einem Dach vereint;
- sich weiterhin für eine (obligatorische) Erdbebenversicherung einsetzen;
- die Sanierung der quecksilberbelasteten Böden im Siedlungsgebiet Raron und Visp, der Industriebrachen (Steg, Chippis, Martinach und Collombey) sowie des Untergrunds an den Chemiestandorten (Monthey, Evionnaz und Visp) vorantreiben.



7. Harmonische Raumentwicklung

Jacques Melly will...

- dass der neue kantonale Richtplan angenommen und vom Bund bis spätestens Ende des ersten Halbjahres 2019 genehmigt wird;
- die Gemeinden bei diesem Weg, etwa bei der Bauzonendimensionierung, begleiten;
- die Talebene im Rahmen der dritten Rhonekorrektur für die Bereiche wie Sport, Tourismus oder Wirtschaft nutzen.

8. Mobilität verbessern

Weiter will der CVP-Staatsrat...

- die Zufahrtsstrassen zu den Tourismusorten Verbier, Crans-Montana, Leukerbad oder Anniviers in die Kategorie «Schweizerische Hauptstrasse» klassifizieren lassen;
- Hybrid- und Elektrofahrzeuge im öffentlichen Verkehr fördern;
- den Bau einer Einschienenbahn in der Rhoneebene prüfen.

9. Das Wallis auf eidg. Ebene positionieren

Roberto Schmidt will...

- ein gezieltes Lobbying in Bundesbern betreiben;
- eine Strategie in Sachen Bundesangelegenheiten entwickeln, wobei für die prioritären Dossiers Aktionspläne erstellt werden;
- die Verwaltung von Bundesdossiers in der Verwaltung in Sitten besser koordinieren.

10. Ausgeglichene Kantonsfinanzen gewährleisten

Weiter will der CSP-Staatsrat...

- neue Finanzierungsmodelle für Investitionen ausarbeiten und den Spezialfinanzierungsfonds stärken;
- die Herausforderungen der Pensionskasse des Staates vorwegnehmen;
- die Steuerpolitik zugunsten der Unternehmen stärken (Steuervorlage 17).

Bearbeitung: David Biner